

## **Titel: „Sinnlose Spaltung“**

**Vorspann: Ein Zerschlagen der deutsch-österreichischen Preiszone im Stromgroßhandel wäre kontraproduktiv, hieß es beim Austrian Energy Day der Strombörse EXAA in Wien.**

Ist die Spaltung der deutsch-österreichischen Preiszone im Stromgroßhandel noch abzuwenden? Diese Frage war einer der Schwerpunkte beim Austrian Energy Day der österreichischen Strombörse EXAA und des Medienunternehmens Montel in Wien am 22. September. Der deutsche Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte Ende August sinngemäß verlautet, die Spaltung sei beschlossene Sache. Dem widersprach vor etwa zwei Wochen Klaus-Dieter Borchardt von der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission: Mögliche Alternativen würde nach wie vor diskutiert, unter anderem auch die Aufteilung Deutschlands in eine nördliche und eine südliche Preiszone.

Der Hintergrund ist: Im Norden der Bundesrepublik wurden in den vergangenen Jahren Windparks mit hohen Leistungen gebaut, ein Trend, der sich weiter fortsetzt. Allerdings reichen die innerdeutschen Leitungen nicht aus, um den Strom zu den Verbraucherzentren im Süden zu transportieren. Überdies stehen durch den Windkraftausbau große zusätzliche Strommengen zur Verfügung. Dies führte zu stark gefallen Preisen an der deutschen Strombörse EEX. Deshalb wird der günstige Strom vermehrt von Deutschland nach Österreich importiert. Physisch fließt dieser jedoch über die Netze in Polen und Tschechien und belastet sie stark. Die dortigen Netzbetreiber wandten sich daher 2014 an die Agentur der europäischen Regulierungsbehörden (ACER). Ihr Wunsch: Die Möglichkeiten für Stromimporte von Deutschland nach Österreich sollten eingeschränkt werden, um so die unerwünschten „Ringflüsse“ durch Polen und Tschechien einzuschränken. Im September 2015 veröffentlichte die ACER eine „Opinion“, in der sie dieser Meinung zustimmte.

Wie der Wiener Rechtsanwalt Bernd Rajal von der Kanzlei Schoenherr beim Austrian Energy Day feststellte, ist die „Opinion“ nicht rechtsverbindlich. Außerdem widerspricht sie dem EU-Recht, unter anderem der „Electricity Regulation“ aus dem Jahr 2009. Dieser zufolge darf auf einer Leitung kein Engpass festgelegt werden, wenn er dort nicht auch physisch existiert. Und die Leitungen zwischen Deutschland und Österreich sind mehr als ausreichend, um die Importe zu bewältigen. Ähnlich urteilte die EU-Kommission im April 2010 bei einer Klage gegen den schwedischen Netzbetreiber Svenska Kraftnät, fügte Rajal hinzu. Das Problem ist ihm zufolge, dass sich Netzbetreiber in Deutschland dennoch schon jetzt so verhalten, als sei die „Opinion“ der ACER rechtsverbindlich und die Trennung des österreichischen Strommarktes vom deutschen fix.

## **Netzproblem in Deutschland**

Ähnlich argumentierte Benedikt Ennser, der Leiter der Rechtsabteilung der Sektion Energie im Wirtschaftsministerium: „Das Netzproblem besteht in Deutschland. Der Ausbau der überregionalen Stromleitungen hält mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, darunter der Windkraft, nicht Schritt.“ Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, „die erneuerbaren Energien fit für den Markt und den Markt fit für die erneuerbaren Energien“ zu machen. Dies bedeute unter anderem, dass die Betreiber von Ökoenergieanlagen darauf achten müssten, wie sich ihre Stromeinspeisung auf das Netz auswirkt. „Auch sie müssen Verantwortung für das Funktionieren des Systems zur Stromversorgung übernehmen“, konstatierte Ennser.

Für sinnlos hält eine Spaltung der deutsch-österreichischen Strompreiszone Michael Ritzau vom Büro für Energiewirtschaft und technische Planung (BET) in Aachen: „Diese Zone ist die liquideste in ganz Europa. Wenn man sie zerschlägt, leidet der gesamteuropäische Markt.“ Ritzau plädierte dafür, das Problem mit den Stromflüssen durch Polen und Tschechien schrittweise zu lösen. Bereits im Mai ging an der deutsch-polnischen Grenze ein Phasenschiebertransformator in Betrieb. Mit dieser Anlage lassen sich unerwünschte Stromflüsse begrenzen. Laut Ritzau hat das die Lage bereits entlastet. Ein weiterer Phasenschiebertransformator ist an der deutsch-tschechischen Grenze geplant. Überdies würden die überregionalen Stromleitungen in Deutschland ausgebaut - langsam, aber doch. Es dauere etwa drei bis vier Jahre, um die Spaltung der Preiszone umzusetzen. Bis dahin werde es voraussichtlich ausreichende innerdeutsche Leitungen geben, „sodass die Spaltung gar nicht mehr notwendig ist“, argumentierte Ritzau.

## **Aufs Schlimmste vorbereiten**

Robert Slovacek, der Geschäftsführer der Verbund Trading GmbH, der Stromhandelsgesellschaft des Verbunds, plädierte ebenfalls dafür, die Preiszone aufrecht zu erhalten. Dies sei auch für Deutschland vorteilhaft. Unter anderem könnten flexible österreichische Pumpspeicherkraftwerke zum Ausgleich der stark schwankenden Stromproduktion der deutschen Windparks genutzt werden. „Bei einer Spaltung der Preiszone wäre das erheblich schwieriger als jetzt“, warnte Slovacek. Allerdings müsse sich ein Händler „immer auf das Schlimmste vorbereiten“. Daher erarbeite die Verbund Trading Möglichkeiten, mit denen sie eine Spaltung der Preiszone bewältigen könne. Das betreffe etwa die Absicherung gegen unerwünschte Preisentwicklungen („Hedging“). Kommt es zu der Spaltung, ist laut Slovacek klar: „Die Preise für die Endkunden werden steigen. Und die Preisschwankungen werden zunehmen.“

## **Übersorgter Ölmarkt**

Mit einem anderen „heißen“ Thema befasste sich Alexander Pögl von der Wiener JBC Energy, die sich auf Ölpreisanalysen spezialisiert hat. Ihm zufolge ist der Markt zurzeit massiv übersorgt. Preissteigerungen sind daher nicht vor Mitte kommenden Jahres zu erwarten. Die meisten Mitglieder der OPEC produzierten derzeit auf dem höchstmöglichen Niveau. Werde angesichts dessen ein „Einfrieren“ der Förderung diskutiert, sei das „schon ein bisschen zu hinterfragen.“ Ein diesbezüglicher formeller Beschluss werde allerdings ohnehin nicht zustande kommen, wenn nicht alle OPEC-Staaten einschließlich des Irans mitspielen. Gerade dieser aber hatte sich solchen Vorschlägen in letzter Zeit stets verweigert. Am 28. September findet am Rande der International Energy Conference in Algier ein informelles OPEC-Treffen statt. Überdies ist ein Treffen mit Vertretern der Russländischen Föderation geplant, die ebenfalls zu den wichtigsten Erdölförderländern gehört. Laut Pögl hätte die OPEC gute Gründe, zu handeln: Verglichen mit den Jahren 2011 bis 2014 entgehen ihren Mitgliedern wegen der verfallenen Preise derzeit Einnahmen von rund sieben Milliarden US-Dollar - und das pro Tag.

## **Erdgas: Importe steigen**

Nicht nur der Ölmarkt ist indessen übersorgt, sondern auch jener für verflüssigtes Erdgas (LNG), berichtete Madeline Jowdy von der Pira Group beim Austrian Energy Day. Ihr zufolge ist daher in den kommenden Jahren mit sinkenden Preisen zu rechnen, umso mehr, als weitere Kapazitäten „on stream“ kommen. Die Analystin geht davon aus, dass bis 2020 weltweit rund 500 Millionen Kubikmeter pro Tag an zusätzlichem LNG verfügbar sein werden. Das entspricht etwa dem Fünffachen jener Menge, die seit Anfang 2015 neu auf den Markt kam. Jowdy zufolge wurden 2015 etwa 54,2 Milliarden Kubikmeter Gas in Form von LNG nach Europa importiert. Diese Menge könnte bis 2020 auf rund 83,3 Milliarden ansteigen, bis 2030 auf etwa 113,9 Milliarden Kubikmeter. Zunehmen dürften allerdings auch die Gasimporte aus der Russländischen Föderation, von denen die EU weniger abhängig zu werden wünscht: Jowdy geht von einem Wachstum von 158 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2015 auf 178 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2030 aus. Der russländische Gaskonzern Gazprom habe bereits gezeigt, dass er gegenüber LNG von jenseits des Atlantiks durchaus konkurrenzfähig ist. Rechtliche Hindernisse für den Export von US-amerikanischem LNG nach Europa bestehen übrigens nicht mehr, teilte Jowdy dem EnergyNewsMagazine mit. Die Betreiber der entsprechenden Projekte hätten die notwendigen Genehmigungen der US-Behörden eingeholt. Grundsätzlich sind laut Jowdy auch Exporte nach China möglich. Allerdings sträubten sich die Chinesen gegen eine allzu enge energiewirtschaftliche Bindung an die Amerikaner. Denn wie Exporte per Pipeline erfolgen auch LNG-Exporte meist auf Basis langfristiger Lieferverträge, im Rahmen derer bestimmte Mengen abgenommen und auch bei Nichtnutzung bezahlt werden müssen (Take-or-Pay-Verträge).